



Niederschrift

- öffentlicher Teil -

über die
**4. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Senioren und
Soziales**
am 14.05.2013

in Kreishaus, kleiner Sitzungssaal; vor Beginn der Sitzung findet in der Zeit von 14:00 Uhr
bis 14:45 Uhr eine Besichtigung der CAFESITO-Bar der Lebenshilfe Rotenburg-Verden
(Große Straße 2, 27356 Rotenburg) statt.

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Heinz-Günter Bargfrede
Abg.e Angela van Beek
Abg. Jürgen Borngräber
Abg.e Doris Brandt
Abg.e Hedda Braunschurger
Abg.e Angelika Dorsch
Abg.e Ute Gudella-de Graaf
Abg.e Dr. Gabriele Hornhardt
Abg. Hans-Jürgen Krahn
Abg. Ingolf Lienau
Abg. Klaus Mangels
Abg. Ulrich Thiar
Abg.e Thea Tomforde

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Peter Bitomsky
Herr Hüseyin Sarigül

Verwaltung

KVD Markus Pragal
KA Hermann Hollmann
KOAR Volker Horn
Ltd. MD PD Dr. Frank Stümpel
MD'in Carmen Menzel-Schwab
KOI Phillip Bartels

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Hans-Klaus Genter-Mickley

Abg. Reinhard Lindenberg

Abg. Bernd Sievert

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Helmut Wilshusen

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 3. Sitzung am 13.11.2012
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Fachtag "Wohnen - jetzt und in Zukunft"
Vorlage: 2011-16/0479
- 6 Antrag der AWO vom 27.07.2012 auf Gewährung eines finanziellen Zuschusses zur Arbeit des Betreuungsvereins
Vorlage: 2011-16/0480
- 7 Vorstellung Sozialpsychiatrischer Plan 2013 im Landkreis Rotenburg (W.)
Vorlage: 2011-16/0481
- 8 "Blaue Karte" im Landkreis Rotenburg (W.)
Vorlage: 2011-16/0482
- 9 Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Schaffung kleiner bezahlbarer Wohnungen
Vorlage: 2011-16/0474
- 10 Schreiben des Seniorenrates Zeven vom 28.03.2013: "Erhalt des Seniorenservicebüros in Zeven"
Vorlage: 2011-16/0483
- 11 Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vors. Lienau eröffnet die Sitzung um 15:05 Uhr, begrüßt die Anwesenden, verweist kurz auf die vorherige Besichtigung der CAFESITObar der Lebenshilfe Rotenburg-Verden und weist auf die Tischvorlagen zu Punkt 10 der Tagesordnung hin. Sodann stellt er die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Abg. Thiart kommt um 15:08 Uhr zur Sitzung hinzu.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Vors. Lienau fragt nach Änderungswünschen zur Tagesordnung. Da keine Änderungswünsche bestehen, stellt er die Tagesordnung fest.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 3. Sitzung am 13.11.2012**

Vors. Lienau führt aus, dass die Niederschrift über die 3. Sitzung am 13.11.2012 in Ordnung sei und schlägt die Abstimmung zur Genehmigung der Niederschrift vor. Sodann stimmen die Ausschussmitglieder ab.

Beschluss:

Die Niederschrift über die 3. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Senioren und Soziales am 13.11.2012 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	3

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

Nachdem **Vors. Lienau KVD Pragal** das Wort erteilt hat, berichtet dieser über wichtige Angelegenheiten.

Zunächst führt **KVD Pragal** aus, dass die Absicht bestehe, die Leistungen nach § 3 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) vom derzeitigen Wertgutscheinverfahren auf Geldleistungen ab 01.06.2013 umzustellen. Das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport habe mit Erlass vom 27.02.2013 mitgeteilt, dass es seine mit Erlass vom 14.05.2007 vertretene Rechtsauffassung zur Gewährung von Geldleistungen als ultima ratio, die nur in Ausnahmefällen zulässig sei, aufgeben. In dem Bezugserlass vom 14.05.2007 habe das MI seinerzeit deutlich darauf hingewiesen, dass der in § 3 AsylbLG normierte Vorrang des Sachleistungsprinzips zu beachten und umzusetzen sei, um auch zukünftig sicherzustellen, dass durch Art, Umfang und Form der Leistungsgewährung kein Anreiz geschaffen werde, aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland zu kommen. Im Erlass vom 27.02.2013 teilt das MI nunmehr mit, dass es künftig den Leistungserbringern überlassen bleibe, bei einer Unterbringung außerhalb von Einrichtungen im Sinne des § 44 Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) unter Berücksichtigung der jeweiligen örtlichen Gegebenheiten selbst zu bestimmen, ob die Leistungen zur Deckung des physischen Existenzminimums in Form von Wertgutscheinen, von anderen vergleichbaren unbaren Abrechnungen oder von Geldleistungen gewährt werden. Der Landkreis Rotenburg (Wümme), so erläutert er weiter, beabsichtige zum 01.06.2013 die Gewährung der Grundleistungen nach § 3 AsylbLG von derzeit „per Wertgutschein“ auf Scheck- bzw. Bargeldzahlungen umzustellen; der Bedarf an Unterkunft, Heizung und Hausrat werde weiterhin grundsätzlich als Sachleistung gedeckt. Das MI habe er, so ergänzt er, mit einem Schreiben über die beabsichtigte Verfahrensweise in Kenntnis gesetzt, eine Antwort hierzu läge bisher nicht vor. Die herangezogenen Gemeinden, so erklärt **KVD Pragal** weiter, seien zu einer gemeinsamen Besprechung eingeladen worden, die dazu dienen solle, weitere Details hinsichtlich der Zahlung der Leistung vor Ort festzulegen. **Abg. Borngräber** lobt die beabsichtigte Umstellung und weist darauf hin, dass es Geschäftsleute gegeben habe, die die Gutscheine nicht angenommen hätten. Auf Nachfrage der **Abg.e Dr. Hornhardt**, welches Verfahren vorgesehen sei, wenn die Geldmittel durch die Leistungsberechtigten vorzeitig verbraucht worden seien, erläutert **KVD Pragal**, dass in diesen Fällen wie im Sozialhilferecht verfahren werden solle und die erforderlichen Leistungen dann ggf. als Gutscheine nach jeweiliger Einzelfallprüfung erbracht werden. In diesem Zusammenhang weist er zudem darauf hin, dass die Auszahlung der Geldleistungen nicht durch Überweisung erfolgen werde. **Abg.e Braunsburger**

unterstützt die Umstellung ebenfalls und hebt die Umstellung im Sinne einer Gleichberechtigung hervor. Auf Nachfrage der **Abg.e Gudella de Graaf**, ob für die Scheckeinlösung ein Konto erforderlich sei, erklärt **KVD Pragal**, dass es sich um einen Barscheck handle und daher für die Einlösung kein Konto erforderlich sei. **Abg. Krahn** fragt, wie viele Fälle betroffen seien. Hierzu erklärt **KOAR Horn**, dass im Landkreis etwa 200 Personen Leistungen nach § 3 AsylbLG erhielten und von der Umstellung betroffen seien.

Sodann setzt **KVD Pragal** seinen Bericht fort und informiert über die Evaluation von Beratungsangeboten. Er erläutert, dass im Auftrage des Landes Niedersachsen die Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V. in 2011/2012 federführend eine Evaluation von Beratungsangeboten in sieben niedersächsischen Landkreisen und zwei Städten mit dem Ziel durchgeführt habe, eine Grundlage für die Weiterentwicklung von Beratungsstrukturen im Land Niedersachsen zu erarbeiten. Der Landkreis Rotenburg (Wümme), so berichtet er, gehörte zu den ausgewählten Kommunen. Die Untersuchung umfasse, so **KVD Pragal** weiter, die Erhebung demografischer Eckdaten, eine repräsentative Haushaltsbefragung, eine Befragung ausgewählter Beratungseinrichtungen, qualifizierte Interviews mit Nutzern und Nichtnutzern sowie Interviews mit Expertinnen und Experten des Verwaltungsebene. Zentrale Fragestellungen, so erklärt er weiter, seien u.a. gewesen: Wie sieht die Verteilung von Beratungseinrichtungen innerhalb der Landkreise aus? Zu welchen Themen besteht häufig Beratungsbedarf? Wo zeigen sich Zugangsbarrieren? Welche Zielgruppen werden oder werden nicht erreicht? Wie sind die Beratungsstellen untereinander vernetzt? Im Dezember 2012, so erläutert er, sei ein Endbericht vorgestellt worden, in dem die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen der Studie aufgezeigt werden. Der 318 Seiten umfassende Endbericht ist, so berichtet **KVD Pragal**, im Internet auf der Seite www.gesundheit-nds.de unter dem Menüpunkt „Veröffentlichungen“ verfügbar und könne dort herunter geladen werden. Die Ergebnisse seien, so erklärt er, am 07.05.2013 im MGH in Waffensen präsentiert worden. Dabei, so erläutert er weiter, seien 24 Vertreter aus Politik, Verwaltung und Beratungsstellen seiner Einladung gefolgt. Er weist darauf hin, dass die Präsentation als Tischvorlage vorgelegt worden sei. Im Rahmen der Präsentation, so führt er weiter aus, seien von der Landesvereinigung die jeweiligen Gesamtergebnisse mit den Rotenburger Ergebnissen und Verhältnissen verglichen bzw. in Bezug gesetzt worden; grundsätzlich könne man sagen, dass der Landkreis Rotenburg (Wümme) insgesamt relativ gut aufgestellt sei. Er erläutert weiter, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung dennoch auf die einzelnen Verwaltungseinheiten des Landkreises bezogene Detailinformationen, wie sie zu Beginn des Projektes ursprünglich angekündigt worden seien, vermisst hätten. Leider, so berichtet er, habe im Ergebnis für eine Auswertung unterhalb der Kreisebene kein Geld mehr zur Verfügung gestanden. Jedoch, so erläutert **KVD Pragal** weiter, habe Frau Gebhardt zugesagt, dass dem Landkreis Rotenburg (Wümme) nach Abgabe der erforderlichen Datenschutzerklärung die detaillierten Daten in Dateiform für den Landkreis Rotenburg (Wümme) zur Verfügung gestellt würden; ausgelesen werden können die Daten vermutlich nur mit einer speziellen Statistik-Software bzw. von einer Statistik-Fachkraft. Sofern sich weitergehende bzw. detaillierte Informationen ergäben, so erklärt er weiter, werde ein weiterer Bericht in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Senioren und Soziales folgen. Auch als Ergebnis der Evaluation, so führt **KVD Pragal** weiter aus, habe die Landesregierung beschlossen die Beratungslandschaft für die Senioren neu zu strukturieren und weist in diesem Zusammenhang auf den Tagesordnungspunkt 10 hin. Schließlich, so erklärt er, hätten im Anschluss an die Präsentation die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in zwei Arbeitsgruppen Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der Beratungsangebote für Familien und für ältere Menschen diskutiert. Die Beratungsangebote für Familien würden, so führt er weiter aus, als gut nachgefragt erachtet und auch in Randzeiten werde im Einzelfall beraten. Angeregt worden sei, so berichtet er, allgemein die Zugangswege zu Informationen über Angebote zu überprüfen und speziell die Darstellung der Angebote im Internet zu optimieren. Zudem sei überlegt worden, so **KVD Pragal** weiter, ob evtl. präventive Angebote fehlten und eine bessere Zusammenarbeit mit den Schulen erfolgen könne. Als Problem bei der Erreichbarkeit älterer Menschen, so berichtet er, sei deren Zurückhaltung bei der Annahme von Beratungsangeboten gesehen worden; es sei angeregt worden, die Bürgermeister, Seniorenkreise und die Landfrauenvereine in die Kontakthanbahnung einzubeziehen und ihnen Telefonlisten mit Ansprechpartnern zur Verfügung zu stellen, zumal der letzte „Seniorenwegweiser“ vergriffen sei. In diesem Zusammenhang merkt **KVD Pragal** an, dass an einer Neuauflage bereits gearbeitet werde. Schließlich berichtet er, dass die Veranstaltung einer Seniorenmesse mit einem diversifizierten, positiv be-

setzten Angebot für Ältere vorgeschlagen worden sei. **Abg.e van Beek** bestätigt zunächst, dass auch sie eine Auswertung für einzelne Kommunen vermisst habe und fragt sodann nach, ob die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zur Verfügung gestellt würden. **KVD Pragal** beantwortet die Frage und erläutert, dass zu den Arbeitsgruppen ein Ergebnisprotokoll folgen werde. **Vors. Lienau** fragt nach den Erfolgsaussichten für eine weitere Auswertung der Daten. Hierzu führt **KVD Pragal** aus, dass die Erfolgsaussichten nicht zu 100% bestünden; zunächst benötige die Auswertung der speziellen SPSS-Datei Man-Power und bei der Auswertung dürften kleine Zahlen nicht zu einer Überbewertung von Einzelmeinungen führen. Er ergänzt, dass auch seine Erwartungshaltung nicht erfüllt worden sei und er dies dem Land auch bereits mitgeteilt habe. **KVD Pragal** schließt den Teil des Berichts ab, in dem er darauf hinweist, dass man die Validität und die Nutzbarkeit der Daten abwarten müsse und er unaufgefordert weiter berichten werde.

KVD Pragal setzt den Bericht mit der Förderung von Mehrgenerationenhäusern fort. Er berichtet, dass derzeit lediglich das MGH in Waffensen in einer kommunalen Co-Finanzierung mit der Stadt Rotenburg (Wümme) gefördert werde. Das MGH in Zeven habe sich, so führt er weiter aus, im November 2011 ebenfalls beworben, zwischenzeitlich habe hierzu eine Arbeitsgruppe einmal im September 2012 getagt, wobei das Meinungsbild uneinheitlich geblieben sei. Mit Erlass des MS vom 30.10.2012, der erst am 20.03.2013 in Kraft getreten sei, so erläutert er weiter, seien neue Fördervoraussetzungen geschaffen worden. Bei einer Fläche von mehr als 1.500 km² könne unter Beachtung von 5 weiteren Anforderungen eine Förderung von 3 MGH erfolgen. Dabei, so erklärt er, müsse ein Votum der Kommune vorgelegt werden und eine Co-Finanzierung sei vorgesehen. Diese Voraussetzung, so ergänzt er, seien wie auf den Landkreis Rotenburg (Wümme) zugeschnitten und es lägen Förderanträge seiner Kenntnis nach des DRK für Oerel und Zeven beim Land Niedersachsen vor. Die Frage der Co-Finanzierung, so berichtet **KVD Pragal**, sei mit den Sitzgemeinden noch nicht erörtert worden. Schließlich ergänzt er, dass die Förderung auch für 2013 noch möglich sei, die Sache aus seiner Sicht jedoch noch nicht entscheidungsreif sei. Er regt daher an, einen entsprechenden Beschlussvorschlag ggf. in den Kreisausschuss einzubringen. **Abg. Bargfrede** weist darauf hin, dass in der Arbeitsgruppe vereinbart worden sei, bei weiteren MGH das bekannte Rotenburger Verfahren anzuwenden und eine kommunale Co-Finanzierung von je 2.500 € zu erörtern. **KVD Pragal** weist darauf hin, dass in Rotenburg für das MGH in Waffensen je 5.000 € von Stadt und Landkreis bereit gestellt würden. **Vors. Lienau** regt an die Förderung aller drei MGH zu erwägen. Schließlich weist **KVD Pragal** darauf hin, dass nach einer abschließenden Prüfung für 2013 noch Haushaltsmittel bereit gestellt werden müssten, und **KOAR Horn** weist darauf hin, dass derzeit eine Förderrichtlinie beim MS für die Zeit ab 2014 erarbeitet werde.

Sodann berichtet **KVD Pragal** über die Förderung von Kontaktstellen für psychisch kranke Menschen im Landkreis Rotenburg (Wümme). Er führt aus, dass ein Konzept der Steinfelder Wohngruppen gGmbH Grundlage gewesen sei, die bedarfsgerechte und ortsnahe Versorgung seelisch behinderter Kreisbewohner unter anderem durch die Einrichtung von drei Kontaktstellen zu ergänzen. Zur Finanzierung der drei Kontaktstellen, so erklärt er, sei in den vergangenen Jahren jeweils ein Kreiszuschuss in Höhe von 15.000 € pro Jahr für die 3 Kontaktstellen gewährt worden. Er berichtet weiter, dass die Träger Tandem e.V. und GESO im Jahr 2012 erstmals höhere Zuschüsse für das Jahr 2013 für die Begegnungsstätten „Tandem-Treff“, „Quab“ und „Cafe KUBUS“ beantragt hätten. Schließlich sei, so berichtet **KVD Pragal** weiter, eine neue Konzeption der Kontaktstellenarbeit eingereicht worden. Aufgrund der Beratungen und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses am 13.11.2012 würden, so führt er weiter aus, die drei Kontaktstellen mit insgesamt 27.000 € bezuschusst. Zudem sei die Verwaltung beauftragt worden, ein Konzept für ein bedarfsgerechte Kontaktstellenlandschaft im Landkreis Rotenburg (Wümme) in Zusammenarbeit mit dem Sozialpsychiatrischen Verbund zu erarbeiten, so berichtet **KVD Pragal** weiter. Eine entsprechende Arbeitsgruppe habe sich, so führt er weiter aus, am 14.05.2013 konstituiert und mit der Arbeit begonnen, weitere Treffen seien geplant und er werde im Herbst weiteres berichten.

KVD Pragal setzt seinen Bericht mit der Entwicklung des Wohnraumsberichts fort. Er berichtet, dass der Landkreis Rotenburg (Wümme) nach entsprechender Beschlussfassung des Sozialausschusses am 02.05.2012 den LSKN am 31.05.2012 beauftragt habe, einen Wohnraumberichterstattung zu konzeptionieren; das Konzept sei dem Ausschuss für Gesundheit, Senioren und So-

ziales am 13.11.2012 vorgestellt worden. Nachdem der Ausschuss, so führt er weiter aus, eine fachliche und inhaltliche Präzisierung beauftragt habe, sei das Konzept in mehreren internen Gesprächen bewertet worden und schließlich den Hauptverwaltungsbeamten im Rahmen der HVB-Tagung am 05.03.2013 vorgestellt worden. **KVD Pragal** berichtet weiter, dass die Hauptverwaltungsbeamten übereinstimmend Interesse am Wohnraumbericht bekundet hätten und sodann das Konzept des LSKN am 09.04.2013 den übrigen örtlichen Sozialhilfeträgern im ehemaligen Regierungsbezirk Lüneburg vorgestellt und die Beteiligung angeboten worden sei. Ferner, so erläutert er, sei das Konzept Hauptthemenschwerpunkt der Sitzung der örtlichen Sozialhilfeträger im ehemaligen Regierungsbezirk Weser-Ems Ende April gewesen; eine Rückmeldung hierzu sei bisher nicht eingegangen. Sodann berichtet er, dass konkrete Zusagen, sich am Konzept und den Kosten beteiligen zu wollen, bisher nicht vorlägen. Er schließt seine Ausführungen mit dem Ausblick, dass am 30.05.2013 eine vom NLT in Kooperation mit dem Land Niedersachsen initiierte Veranstaltung zum Thema „Schlüssiges Konzept“ in Hildesheim durchgeführt werde, da das Thema zahlreiche Kommunen beschäftige; dieser Termin solle noch abgewartet werden und parallel ein Abstimmungstermin mit den Hauptverwaltungsbeamten stattfinden, bevor ein endgültiger Beschlussvorschlag zum weiteren Vorgehen unterbreitet werde. **Vors. Lienau** merkt an, dass sich die Sorge, dass andere Landkreise ohne Interesse seien, bestätigt habe. **KVD Pragal** regt an, einen Wohnraumbericht auch allein umzusetzen, da dieser hinsichtlich der Frage des fehlenden Wohnraums nicht nur für den Landkreis Rotenburg (W.), sondern auch für die Städte und Gemeinden relevant sei. **KOAR Horn** ergänzt, dass auf eine Rückmeldung aus dem ehemaligen Regierungsbezirk Weser-Ems gewartet werde, da dort mehr Interesse an dem Wohnraumbericht bestünde.

KVD Pragal berichtet, dass noch zwei weitere Punkte zum Bericht des Landrates gehören und gibt das Wort an **Ltd. MD PD Dr. Stümpel**. **Ltd. MD PD Dr. Stümpel** berichtet zunächst über die Entwicklung zum Thema MRSA; hierbei handele es sich in kurzer Fassung um Problemkeime, die resistent gegen eine Behandlung mit Antibiotika seien. Grund dafür ist die häufige Verwendung von Antibiotika. Dabei, so führt er weiter aus, gäbe es eine Schnittstelle zum Tierhaltungsbereich; dort bestünde ein vergleichbarer Effekt mit der Ausbildung von antibiotika-resistenten Keimen. Zunehmend sei die Besiedelung von Tierhaltern mit resistenten Keimen aus der Tierhaltung zu beobachten. Allerdings sei ein weiterer Eintrag in die Familien eher selten und ein Eintrag in die Normalbevölkerung finde praktisch nicht statt. Er fasst zusammen, dass das Problem mittlerweile erkannt sei und die Bestrebung bestünde, den Einsatz der Antibiotika zu optimieren. **Abg.e Braunschur** fragt nach, ob der Verzehr von Fleisch aus Massentierhaltung ungefährlich sei. **Ltd. MD PD Dr. Stümpel** erklärt hierzu, dass dies eine Frage für die Kollegen des Veterinärämtes sei; nach seinen Kenntnissen bestünden hierzu Schutzfristen für die Verwendung von Antibiotika in der Tierhaltung. Eine Aufnahme von Antibiotika aus der Nahrung sei aber grundsätzlich möglich. Er ergänzt, dass die Folgen einer Aufnahme beim Menschen bisher unklar seien. **Abg.e Dr. Hornhardt** sieht die Frage der Wirkung der Antibiotika insoweit erst am Anfang und schließt die Entwicklung eines Boomerangs nicht aus. **Vors. Lienau** sieht dieses Thema als Thema für den Ausschuss für Gesundheit, Senioren und Soziales und für den Landkreis Rotenburg (Wümme) insgesamt an.

Sodann erläutert **Ltd. MD PD Dr. Stümpel** die aktuelle Entwicklung zur Frage der Ärzteversorgung im Landkreis. Er habe, so erläutert er, den Versuch unternommen Daten zu generieren; hier sei eine Übersicht aller Ärzte einschließlich des Geburtsjahres verfügbar. Die weitere Darstellung, so führt er aus, solle in der nächsten Ausschusssitzung erfolgen. Er berichtet weiter von einer aktuell geänderten Niederlassungsbeschränkung für Ärzte. Er erinnert daran, dass ursprünglich die Steuerung der Niederlassungen nicht für eine gleichmäßige Versorgung sondern als Kostendämpfungsinstrument gedacht war. Außerdem macht er deutlich, dass nach den Planungsgrundlagen der Landkreis in den meisten Facharztgruppen sogar noch eine Überversorgung habe. **Abg. Borngreber** weist auf die Vorgaben zu Entfernungen der niedergelassenen Ärzte hin. **Ltd. MD PD Dr. Stümpel** erläutert, dass die Niederlassungsplanung nunmehr auch kleinräumiger als auf Landkreisebene erfolgen soll. **Abg.e Brandt** dankt für die schnelle Aufnahme des Themas und regt an, die eigenen Daten mit der Planung der Krankenkassen zu vergleichen. **Ltd. MD PD Dr. Stümpel** macht abschließend deutlich, dass sich nur mit der geänderten Bedarfsplanung bei dem bestehenden Ärztemangel nicht notwendigerweise weitere Ärzte im Landkreis niederlassen würden. Sinnvoll seien dafür gemeinsame Anstrengungen aller Verantwortlichen im Landkreis.

Vors. Lienau weist zunächst darauf hin, dass einige Mitglieder des Ausschusses an der Veranstaltung teilgenommen hätten und dankt **Ltd. MD PD Dr. Stümpel, KOAR Horn, und Herrn Bitomsky** für die Gestaltung und Durchführung des Fachtages. Nachdem **KVD Pragal** auf die Vorlage hingewiesen hat, dankt **Ltd. MD PD Dr. Stümpel** zunächst den Abgeordneten und **Herrn Bitomsky** und führt sodann aus, dass die Verwaltung mit der Resonanz auf den Fachtag sehr zufrieden sei; so seien es über 80 Teilnehmer gewesen. Am Vormittag, so führt er weiter aus, seien vier Vorträge gehalten worden. Er hebt sodann den lebendigen Vortrag von Frau Prof. Leich-Eckhardt hervor und sieht die Möglichkeit einer weiteren Zusammenarbeit auf wissenschaftlicher Basis.

Um 16:00 Uhr kommt **Herr Sarigül** zur Sitzung hinzu.

Ltd. MD PD Dr. Stümpel erläutert weiter, dass nach der Mittagspause vier Workshops durchgeführt worden seien, wobei mehr als 20 Besucher in jedem Workshop teilgenommen hätten und so aktives Networking betrieben worden sei. Als eines der Ergebnisse, so führt er aus, stünde nun die Überarbeitung des Seniorenwegweisers oben auf der Agenda. Er sieht im Weiteren mit dem Fachtag einen guten Auftakt für folgende Veranstaltungen und dankt für die Bereitstellung der Haushaltsmittel, mit denen u.a. ein Alterssimulationsanzug genutzt werden konnte. **Abg. Bargfrede** sieht die Haushaltsmittel gut angelegt und ergänzt, dass aus seiner Sicht die Veranstaltung sehr interessant und informativ gewesen sei. Er habe an dem Workshop „barrierereduzierter Wohnraum“ teilgenommen.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Antrag der AWO vom 27.07.2012 auf Gewährung eines finanziellen Zuschusses zur Arbeit des Betreuungsvereins**
Vorlage: 2011-16/0480

Vors. Lienau führt zunächst aus, dass es sich aus seiner Sicht um einen wichtigen Antrag handle. **Abg. Bargfrede** und **Abg.e Brandt** schlagen vor, den Beschluss entsprechend des vorliegenden Beschlussvorschlages zu fassen. **Abg.e Dr. Hornhardt** fragt nach, ob eine Verbindung zu Tagesordnungspunkt 10 bestünde. **KVD Pragal** erläutert hierzu, dass keine Verbindung bestehe, da die Seniorenberatung eine andere Zielrichtung habe. **Abg. Borngräber** fragt nach, ob die Gleichbehandlung gewährleistet sei und eine Einzelabrechnung gefordert werde. **KVD Pragal** erläutert hierzu, dass bei diesem Verein Schnittstellen zur Betreuungsstelle des Landkreises bestünden und die Zusammenarbeit noch genauer geregelt werden solle. **Ltd. MD PD Dr. Stümpel** ergänzt, dass bisher kein Zuschuss erfolgt sei und der Verein in Ergänzung zur Arbeit der Betreuungsstelle tätig werde. **Abg. Borngräber** regt an, dass ein Bericht nach Ablauf des Jahres erfolge. Nachdem **Abg.e Dr. Hornhardt** hervorhob, dass sie davon ausgehe, dass es sich die Tätigkeit auch auf Senioren beziehe, weist **KVD Pragal** auf ein Schreiben des MS hin; hiernach handelt es sich um bei der Frage der Seniorenservicebüros um eine Frage des Pflegestützpunktes nicht um eine Frage der Betreuung. **Vors. Lienau** sieht insgesamt eine gute Lösung gegeben. Die Ausschussmitglieder stimmen darauf hin unter Ergänzung des Beschlussvorschlages um den Vorschlag zum Bericht nach Ablauf des Rechnungsjahres ab.

Beschluss:

- 1) Der Gewährung eines Zuschusses zur Arbeit des Betreuungsvereines der AWO in Höhe von 6.000€ wird zugestimmt,
- 2) Die Verwaltung wird beauftragt, die Kooperationsvereinbarung mit der AWO zu schließen.
- 3) Die Verwaltung wird nach Ablauf des Rechnungsjahres berichten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 7 der Tagesordnung: **Vorstellung Sozialpsychiatrischer Plan 2013 im Landkreis Rotenburg (W.)**
Vorlage: 2011-16/0481

Der Tagesordnungspunkt 7 ist in der Sitzung nach dem Tagesordnungspunkt 9 bearbeitet worden.

MD´in Menzel-Schwab stellt den sozialpsychiatrischen Plan 2013 vor und erläutert mit einer Power-Point-Präsentation die Einzelheiten. Der Plan ist in Farbdruckfassung als Tischvorlage ausgehändigt worden. Nachdem **Vors. Lienau** für die Präsentation dankte führt **Abg. Borngräber** aus, dass er sich gut an die 60er bis 80er Jahre und die damaligen Schwierigkeiten erinnern könne. Er ermuntert **MD´in Menzel-Schwab** auf diesem Weg weiterzumachen. **Abg.e van Beek** fragt nach der Zusammensetzung der Arbeitsgruppen. **MD´in Menzel-Schwab** erläutert, dass die Mitglieder des sozialpsychiatrischen Verbundes als Träger und Betroffene bzw. deren Angehörige sich hierin engagieren. **Abg.e Dr. Hornhardt** dankt für den sehr informativen Vortrag und fragt, aus welchen Gründen die Gewinnung von Psychiatern schwierig sei. **MD´in Menzel-Schwab** führt hierzu aus, dass die Gewinnung nicht nur im Landkreis Rotenburg (Wümme) schwierig sei. Da es sich bei dieser Fachrichtung, so ergänzt sie, um ein vergleichsweise geringes Einkommen handele, werde die Wahl zwischen Stadt und Land sowie die Wahl zwischen einer Tätigkeit im ambulanten oder stationären Bereich wohl überlegt. **Abg.e Dr. Hornhardt** fragt sodann, wie die Personen in den Tagesstätten versichert seien. Hierzu führt **KOAR Horn** aus, dass sich diese aus der Leistung der Eingliederungshilfe nach einer Vereinbarung zwischen Kostenträger und Leistungserbringer ergäbe und nennt als Beispiel das Angebot in einer Werkstatt für behinderte Menschen. **Abg.e Brandt** lobt den Bericht und merkt an, dass das Angebot der Begegnungsstätte bezuschusst werde und zugleich teilweise mit Mitteln der Eingliederungshilfe finanziert werde. **MD´in Menzel-Schwab** erläutert hierzu, dass es sich um eine Namensgleichheit handele; so sei das Quab einerseits eine Tagesstätte und andererseits eine Begegnungsstätte. **Abg.e Brandt** stellt fest, dass es sich demnach um eine Begegnungsstätte ohne Förderung aus zusätzlichen Mitteln der Eingliederungshilfe handeln müsste. **KOAR Horn** weist darauf hin, dass die Förderung durch die Namensgleichheit kompliziert sei und das hier eine Förderung durch eine pauschale Zuweisung an ein niedrigschwelliges Angebot erfolge. Diese stehe neben der Einzelfall bezogenen Eingliederungshilfe. Auf die Anregung von **Abg.e Gudella-de Graaf** auf eine Namensänderung durch die Geso hinzuwirken, erläutert **MD´in Menzel-Schwab**, dass die Idee eher umgekehrt gefasst sei. **Abg.e Brandt** hebt sodann hervor, dass nun erkannt werden könne, welcher Dienstleister in welchem Umfang und an welchem Ort entsprechende Leistungen erbringe.

Punkt 8 der Tagesordnung: **"Blaue Karte" im Landkreis Rotenburg (W.)**
Vorlage: 2011-16/0482

Nachdem zunächst **Vors. Lienau** anmerkte, dass das Thema „blau Karte“ den Ausschuss bereits seit einer Weile beschäftige, führt **KVD Pragal** aus, dass die Vorlage mit den Betroffenen, insbesondere mit Herrn von Glahn, besprochen sei. Herrn von Glahn, so erklärt er weiter, sei das Problem bekannt und es werde eine neue Konzeption mit einem anderen Logo angestrebt. **KOAR Horn** ergänzt, dass er mit Herrn von Glahn gesprochen habe; wesentlich sei die Entscheidung der Unfallversicherung. Ferner, so führt er aus, werde am 23.05.2013 ein weiteres Gespräch zur Frage der Versicherungspflicht geführt werden. Zudem, so teilt er mit, habe er heute eine Email von Herrn von Glahn erhalten; hierin sei das neue Projekt „bürgerschaftliches Engagement und Beteiligung“ benannt. Er führt weiter aus, dass das Projekt an sich seitens der Verwaltung gewollt sei, aber das Risiko eines fehlenden Unfallversicherungsschutzes auch bei dem neuen Konzept grundsätzlich geklärt werden müsse. **KOAR Horn** schließt seine Ausführungen

mit dem Hinweis, dass der Entwurf nun eine Vergütung für die Teilnehmer und eine Pauschale für den Träger vorsehe. **Abg.e Brandt** erklärt sodann, dass sie am 24.04.2013 bei **KVD Pragal** gewesen sei und die Antwort der Versicherung an Herrn von Glahn weitergegeben werden sollte; dies sei jedoch nicht erfolgt. Sie bemängelt, dass hierdurch eine erhebliche Verzögerung eingetreten sei. **KOAR Horn** erläutert, dass er zeitnah Herrn von Glahn angesprochen und über die Ergebnisse hinsichtlich des UV-Versicherungsschutzes umfassend informiert habe. Zudem stellt sich ihm nach dem Gespräch die Frage, aus welchen Gründen ein Zuschussantrag vorgelegt werde, wenn das Problem des fehlenden UV-Versicherungsschutzes bei dem Konzept bekannt sei. **KVD Pragal** erläutert dazu, dass die Blaue Karte wegen des fehlenden Unfallversicherungsschutzes eingestellt worden sei, nun ein neuer Antrag mit einem gelieferten Konzept vorliege und sodann das Risiko Unfallversicherung auszuschließen sei. Nachdem, so erläutert er weiter, eine Anfrage zur Bewertung des Unfallversicherungsschutzes bei einem Ehrenamt durchgeführt worden sei, seien die Ergebnisse mit Herrn von Glahn besprochen worden. Nun, so führt er weiter aus, liege eine neue Ideenskizze vor, die dem GUV zur Prüfung vorgelegt werden solle. Er macht dabei deutlich, dass es sich nicht um eine Hinhaltenaktik der Verwaltung handle. **Abg.e Dr. Hornhardt** möchte keine Endlosschleife und regt an, einen Vorbehaltsbeschluss zu fassen. **Abg.e Brandt** stimmt dieser Anregung zu. Sodann fassen die Ausschussmitglieder den nachstehenden Beschluss:

Beschluss:

Vorbehaltlich der Feststellung durch den Landkreis Rotenburg (Wümme), dass eine gesetzliche Unfallversicherungspflicht besteht, werden in dem Projekt „Bürgerschaftliches Engagement und Beteiligung“, das noch genauer zwischen dem Landkreis Rotenburg (Wümme) und Herrn von Glahn abgestimmt wird, Haushaltsmittel in Höhe bis zu 10.000 € aus dem Produkt 31.1.03 verwandt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 9 der Tagesordnung: **Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Schaffung kleiner bezahlbarer Wohnungen**
Vorlage: 2011-16/0474

Nachdem **KOAR Horn**, **Abg.e van Beek**, **Abg. Bargfrede** und **Abg. Thiart** den Sitzungssaal um 16:15 Uhr für etwa 5 Minuten verlassen haben, wird auf Anregung des **Vors. Lienau** der Tagesordnungspunkt 9 zunächst vorgezogen und nach dem Tagesordnungspunkt 6 bearbeitet.

KVD Pragal erläutert den Beschlussvorschlag zum Förderprogramm und weist auf den als Tischvorlage verteilten Ablaufplan hin. Er führt weiter aus, dass für die Bearbeitung das Bauamt zuständig sein wird, bei der Bearbeitung eines Antrages jeweils eine Stellungnahme der Bauortsgemeinde hinzugezogen werde und stellt den Ablaufplan vor. **Abg.e Dr. Hornhardt** kritisiert den hohen bürokratischen Aufwand und stellt eine von ihr angefertigte Kostenberechnung vor; ausweislich dieser Berechnung seien die Anreize für Vermieter gering und das Programm nicht stimmig, da sich die Vermieter auf ein unsicheres Mietverhältnis einließen. **Abg. Borngräber** bemerkt, dass Vermietung immer mit einem wirtschaftlichen Risiko verbunden sei und fragt **Abg.e Dr. Hornhardt** ob sie unterstelle, dass dieses Risiko bei Inhabern von Wohnberechtigungsscheinen höher sei. **Abg.e Dr. Hornhardt** entgegnet hierzu, dass dies unter Umständen der Fall sein könne. **Abg.e Brandt** führt sodann aus, dass nicht der Gewinn für Vermieter das Ansinnen der Richtlinie sei, sondern die Veränderung vorhandenen Wohnraumes. Sie weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass ältere Menschen keine Kredite bekommen und das Programm auch schon von **Herrn Bitomsky** gelobt worden sei. Sie ist weiter der Ansicht, dass das Programm gut von der Verwaltung herausgearbeitet worden sei und die Richtlinie der erste

Schritt für eine Veränderung der Wohnraumversorgung sei. Nach ihrer Ansicht werden weitere Maßnahmen nötig sein. Schließlich hebt sie hervor, dass Neubauten aus der Förderung herausgenommen seien und bemerkt, dass sie mit der Richtlinie richtig zufrieden sei. **Abg. Bargfrede** ergänzt, dass die berücksichtigten Mietpreise realistisch seien und auf den Erfahrungen des Jobcenters beruhten. Er erläutert weiter, dass er für die Richtlinie stimmen werde, obwohl die grundsätzlichen Bedenken nicht abschließend ausgeräumt seien. Sodann dankt er zunächst der Verwaltung und führt zu den grundsätzlichen Bedenken aus, dass die Wohnraumförderung dem Grunde nach Angelegenheiten des Landes und des Bundes seien und insoweit viel Geld benötigt werde. Er ergänzt seine Ausführungen mit der Frage, ob man Anträge auch ablehnen könne, und sieht die Gefahr einer Fehlsteuerung solange der Wohnraumbericht nicht vorliege. Schließlich bemerkt er, dass die Pestel-Studie keine geeignete Grundlage und die Arbeitsgruppe „KdU“ noch bei der Arbeit sei; die Richtlinie sei insoweit vorschnell. Er schließt seine Ausführungen mit den Ansinnen aus der vorliegenden Situation das Beste zu machen. **Abg. Krahn** fragt **KVD Pragal**, ob die Bauortgemeinde eine Beurteilung abgeben könne. Hierzu führt **KVD Pragal** aus, dass die Gemeinden die Verhältnisse vor Ort besser kennen würden als der Landkreis und eine Stellungnahme der Bauortgemeinde sinnvoll sei.. **Abg. Krahn** regt sodann an, dass die Verwaltung über die abgeforderten Mittel berichtet, denn für ihn sei vor allem interessant, wo das Geld hingehe. **KVD Pragal** sagt einen solchen Bericht zu. **Abg.e Braunsburger** ist der Ansicht, dass die Richtlinie ein Stück in die richtige Richtung gehe, denn jeder habe einen Anspruch auf bezahlbares Wohnen und bezahlbarer Wohnraum sei schwer zu finden. Schließlich weist **Abg. Borngräber** darauf hin, dass Sozialverbände und Kirche ebenfalls der Meinung seien, dass etwas getan werden müsse; wenn die Richtlinie nicht die gewünschte Wirkung zeige, so habe man aber das Beste versucht.

Nachdem **Vors. Lienau** darauf aufmerksam machte, dass das Thema ernst genommen werde, fassen die Ausschussmitglieder ihren Beschluss und fährt nach der Beschlussfassung mit Tagesordnungspunkt 7 fort.

Beschluss:

1. Die „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Schaffung kleiner bezahlbarer Wohnungen“ in der vorliegenden Fassung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

Punkt 10 der Tagesordnung:

Schreiben des Seniorenrates Zeven vom 28.03.2013: "Erhalt des Seniorenservicebüros in Zeven"
Vorlage: 2011-16/0483

Abg.e Dr. Hornhardt verlässt den Sitzungssaal um 17:39 Uhr und kehrt um 17:43 Uhr in den Sitzungssaal zurück.

KVD Pragal führt aus, dass die Vorlage um weitere Unterlagen ergänzt worden sei und die weitere Finanzierung derzeit nicht sicher sei. Er erläutert, dass das DRK Träger sei und bis dato kein Förderantrag des DRK vorliege. Mit dem Schreiben des MS, so erläutert er, sei eine neue Sachlage eingetreten und eine kurzfristige Erklärung gegenüber dem MS erforderlich. Er ergänzt, dass das Vorhalten dieser Einrichtung auch auf dem Fachtag gut angekommen sei; so werde der Pflegestützpunkt seit 2010 aufgrund einer Vereinbarung mit den Pflegekassen geführt und hierbei auch eine kommunale Finanzierung eingesetzt. Vor diesem Hintergrund sieht **KVD Pragal** eine Angebotsstruktur in präventiver Form, mit einem niedrigschwelligem Angebot und einem prägnanten Namen. Er regt an, die bestehenden Strukturen beizubehalten und auszubauen. Aus seiner Sicht gelte es im Übrigen das weitere Verhalten des Landes abzuwarten und hebt noch einmal hervor, dass es sich bei dem jetzigen Modell um eine super Lösung handele. **Abg. Bargfrede**

führt aus, dass das Thema den Ausschuss noch häufiger beschäftigen werde. Er merkt an, dass eine Neuorganisation der Beratungsstruktur angedacht, zugleich jedoch bereits jetzt eine Entscheidung durch die Anfrage des Landes erforderlich werde. Aus seiner Sicht, so merkt er an, könne man dies auch Erpressung nennen. Er stellt daraufhin seinen Beschlussvorschlag vor und schließt seine Ausführungen mit der Anmerkung, dass das Konzept schon festzuliegen scheint. **Abg. Thiart** ist der Ansicht, dass die Finanzierung vielleicht auch auslaufen könnte. Hierzu bemerkt **Abg. Bargfrede**, dass vielleicht aber auch eine Verlängerung erfolgen könne. **Abg. Thiart** ist der Meinung, dass man sich auch über eine solche kurzfristige Reaktion freuen könne und nun etwas für Senioren tun wolle, eine Erpressung sieht er dabei nicht.

Nachdem **Abg.e Gudella-de Graaf** um 17:50 Uhr den Sitzungssaal verlassen hatte, kehrt sie um 17:54 Uhr in den Saal zurück.

Abg.e Brandt sieht in dem Schreiben des MS eine Abfrage und erklärt, dass der Landkreis Rotenburg (Wümme) selbstverständlich bereit sei, etwas zu tun und regt an, die Struktur weiter auszubauen. Sie führt weiter aus, dass der Beschlussvorschlag des **Abg. Bargfrede** mit dem Vorschlag der Verwaltung fast identisch sei und regt an, dem Vorschlag der Verwaltung zuzustimmen. **Abg. Borngräber** sieht hier eine Auswirkung des Wahlkampfes im Land, mit der Folge, dass jede neue Regierung etwas anders mache. Aus seiner Sicht, so erläutert er weiter, sei eine Verbesserung in Ordnung. **Abg.e Dr. Hornhardt** erklärt, dass sich der Beschlussvorschlag der CDU/FDP-Gruppe des Kreistages mit dem Vorschlag der Verwaltung decke und diesen ergänze. Sie regt an, Bewährtes nicht ohne Not aufzugeben. Dieser Ansicht widerspricht **Abg.e Dorsch** und ist der Ansicht, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung ein flexibles Handeln ermögliche, der andere Vorschlag sei zu kompliziert. **Abg.e van Beek** schlägt vor, dafür abzustimmen und auf Nummer 2 des Vorschlages zu verzichten. **Abg.e Braunsburger** stellt fest, dass aus ihrer Sicht auch bei einer fehlenden Unterstützung durch das Land der Landkreis mit einer Unterstützung nicht aufhören könne. **Abg. Bargfrede** schlägt vor, über die einzelnen Punkte abzustimmen und **Abg.e van Beek** merkt an, dass es sich bei Nummer 3 des Antrages der Gruppe inhaltlich um den Beschlussvorschlag der Verwaltung handele. **Abg.e Dorsch** regt an über die Anträge in der jeweils vorliegenden Fassung abzustimmen. Sodann stimmen die Ausschussmitglieder zunächst über den Antrag der CDU/FDP-Gruppe ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	7
Enthaltung:	0

Nachdem dieser Beschlussvorschlag nicht angenommen ist, stimmen die Ausschussmitglieder über den Beschlussvorschlag der Verwaltung ab.

Beschluss:

Der Landrat wird beauftragt gegenüber dem Niedersächsischen Sozialministerium zu erklären, dass sich der Landkreis Rotenburg (Wümme) auch an den zukünftigen seniorenpolitischen Beratungsstrukturen organisatorisch und finanziell beteiligen wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

Punkt 11 der Tagesord- **Anfragen**
nung:

Nachdem **Vors. Lienau** feststellt, dass keine Anfragen vorliegen, endet der öffentliche Teil der Sitzung um 18:02 Uhr.

Lienau
(Vorsitzender)

Pragal
(Kreisverwaltungsdirektor)

Bartels
(Protokollführer)